Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags — mit amtlicher Fremdenliste — Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,15 Mk., in Württemberg 2,21 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 35 — Montag, den 10. Februar 1919 — 36. Jahrgang.

Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 7. Febr.

(Schluß.)

Dr. David fortfahrend: Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, daß Deutschland für die Demokratie reif ist. Nicht Worte nur erwartet von uns unser in Not und Qual seufzendes Volk, sondern Taten! Neben der großen Aufgabe des Verfassungsneubaus, müssen wir die noch schwierigere Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Angriff nehmen. Ein neues, höheres, gesellschaftliches Ideal lebt in den Massen des werktätigen Volks: der Sozialismus! Nur durch die Lösung dieser Probleme kann der dauernde Frieden im Innern unseres Volks errichtet werden. In Demokratie und sozialer Gerechtigkeit vereint, wird das deutsche Gemeinsame die Liebe zum deutschen Land und zum deutschen Volk mächtig erstarken lassen. Zum deutscher Land gehört auch Elsaß-Lothringen bis zu dieser Stunde. Wir senden dem elsaß-lothringischen Volk unsern Gruß. Wir werden nicht aufhören, zu fordern, daß auch ihm das Recht der Selbstbestimmung seiner nationalen Zugehörigkeit gewährt wird. (Lebh. Beifall.) Zum deutschen Land und Volke gehören auch die deutsch-österreichischen Stammesbrüder. Ich gebe mich der Hoffnung hin, die Vertreter Deutsch-Oesterreichs in nicht allzuferner Zeit als Kollegen in unserer Mitte willkommen heißen zu dürfen. (Stürmischer Beifall.)

Die Wahl der drei Vizepräsidenten erfolgt laut Vorschlag des Zentrumsabg. Gröber durch Zuruf erfolgen. Da jedoch der Unabhängige Soz. Haase widersprach, so mußte die Wahl durch Zettelabgabe erfolgen. Zu Vizepräsidenten werden gewählt Abg. Fehrenbach (Zentrum) mit 374 Stimmen, Haußmann (Demokrat) mit 374 Stimmen und Dietrich (Deutsch National) mit 356 Stimmen. Die Gewählten erklären, daß sie die Wahl annehmen.

Darauf erfolgt durch Stimmabgabe die Wahl der 8 Schriftführer.

(3. Tag.)

WTB. Weimar, 8. Febr.

Präsident Dr. David eröffnet die Sitzung um 3½ Uhr.

Zu Schriftführern sind gewählt: Fischer (Soz.), Dr. Neumann-Hofer (Dem.), Stücklen (Soz.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Kempfer (D. V.-P.), Boltz (Zentr.), Malkewitz (D.N.V.P.) und Frau Hanes-Düsseldorf (U.S.P.).

Staatssekretär Dr. Preuß begründet das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt: Was durch die Republik geschehen ist, bedarf nunmehr der rechtlichen Ordnung. Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Den Kräften und dem Beamtentum, die sich ohne Rücksicht auf politische Ueberzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Ordnung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, ist Anerkennung zu zollen.

Ein mächtiger Drang in unserem Volk geht nach stärkerer Vereinheitlichung. Möglichst muß wieder Einigung bewirkt werden auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung. Darauf zu warten, bis eine Verständigung durchgeführt wird, das ist nicht möglich. Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werks zur Eile mahnt, ist der Entwurf zur Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen. Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf; er kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die schwierigen Fragen, besonders die der Zuständigkeit zwischen Reich und Einzelstaaten und gewisse andere Kompetenzfragen, mußten von vornherein ausgeschaltet werden. Diese Nationalversammlung hat mit niemand zu vereinbaren, sondern zu beschließen. Ueber die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung selbst endgültig mit der einzigen Ausnahme daß der Gebietszustand der Reichsstaaten nur mit deren Zustimmung abgeändert werden kann.

Bei den anderen dringenden Gesetzen die der Nationalversammlung vorgelegt werden, ist eine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorgesehen, eine Uebereinstimmung zwischen Staatenausschuß und der Nationalversammlung. Weiter ist die Möglichkeit vorzusehen, strittige Fragen im Wege der Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Wir müssen uns mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen. Wenn aber eine Einigung nicht zu erzielen ist, so war es früher zweifellos ein Rückstand, daß der Regierung damit der Weg zum Reichstag versperrt war. Das ist jetzt beseitigt. Diese Aenderung ist von erheblicher Bedeutung, denn sie verhindert, daß Entwürfe der Reichsregierung von vornherein im Schoße des Staatenausschusses verschwinden.

Ein altehrwürdiger Name für das leitende Amt der Titel Reichskanzler, ist zunächst in diesem vorläufigen Gesetzentwurf nicht eingesetzt. Sollte es der Wunsch der Versammlung sein, etwas Derartiges jetzt einzuführen, so stehen dem grundsätzliche Bedenken keineswegs entgegen. Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die groß-deutsche Republik zu gründen; keine der Bestimmungen dieses Entwurfs steht der endgültigen Verfassung entgegen.

Darauf wurde die erste Beratung geschlossen. Nächste Sitzung Montag nachmittag 3 Uhr. Schluß nach 4 Uhr.

*

Weimar, 8. Febr. Die Unabhängigen haben in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, die Versammlung sofort nach Berlin zu verlegen.

Laut „Vorwärts" ist der Antrag der Unabhängigen aussichtslos. Dagegen wünschen viele Abgeordneten infolge der großen Unbequemlichkeiten, daß zu einem späteren Zeitpunkt die Verlegung nach Berlin möglich sei. Die Regierung habe noch keine Stellung dazu genommen.

Am Dienstag soll Graf Brockdorff-Rantzau eine Rede halten wollen.

Berlin, 8. Febr. Wie der „Deutschen Tageszeitung" aus Weimar berichtet wird, bereitet die Deutsch-nationale Volkspartei Abänderungsanträge zu dem Entwurf einer prov. Verfassung vor, um Bestimmungen aus dem Entwurf auszumerzen, durch die der künftigen endgültigen Verfassung vorgegriffen werden solle.

Berlin, 8. Febr. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird gesagt: Das Gebiet der Tätigkeit der A.- und S.-Räte muß in Zukunft lediglich auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gesucht und gefunden werden. Es ist anzunehmen, daß sich auch die einzelnen kommunalen A.- und S.-Räte fügen werden. Das ist eine zwingende Notwendigkeit.

Die Elsaß-Lothringer in Weimar.

Weimar, 9. Febr. Die Stellung der Regierung zu der Frage, ob die im Auftrag des elsaß-lothringischen Hilfsbunds in Weimar anwesenden 12 elsaß-lothringischen Herren zur Nationalversammlung zugelassen werden können, ist folgende: 3000 im Reich zerstreut lebende Elsaß-Lothringer haben diese 12 Herren nicht gewählt, sondern ernannt. Nach dem Wahlgesetz kommt ein Abgeordneter auf ungefähr 150 000 Wahlberechtigte. Es erscheint daher unmöglich, die unzweifelhaft reine Demokratie der Nationalversammlung durch irgendwelche Zuziehung zu schwächen.

Die Vertreter der Nationalversammlung werden am Sonntag abend zu einer Versammlung eingeladen, in der die elsaß-lothringischen Delegierten ihren Protest gegen das Vorgehen Frankreichs in Elsaß-Lothringen, gegen die Verhinderung der Nationalversammlungswahlen, gegen die von Pariser Zeitungen geforderte Verhinderung der endgültigen Abstimmung und vor allem auch gegen die unrechtmäßige und gewalttätige Abschiebung von altelsässischen und deutschen Bewohnern des Elsaß vorbringen werden.

*

Stimmen aus der feindlichen Presse.

Paris, 8. Febr. (Havas.) Die gesamte Presse urteilt, die Rede Eberts entspreche vollkommen dem, was man nach der Aenderung in der Haltung der deutschen Regierungskreise in den letzten Wochen vorausgesehen habe. „Petit Journal" hofft, daß der Kriegsrat der Verbündeten Ebert und seinen Bewunderern durch neue Waffenstillstandsbedingungen das berühmte kalte Sturzbad verabreichen werde, das Bismarck liebte, und daß er sie in dieser Weise zu einer nüchternen Auffassung von der Wirklichkeit zurückführen werde. — „Homme libre" schreibt, die Engländer werden eine Waffenmacht von 900 000 Mann auf dem Kontinent belassen und die

---

Ein Deutscher

Von Otto Ruppius.

„Well, Sir," fuhr der junge Amerikaner lachend fort, „ein Teil von den Uebeltätern hat sich durch herbeigeholte Verwandte und Bekannte noch während der Nacht legitimieren können und ist vorläufig entlassen worden; unser Johnson aber und noch einige mit ihm fürchten nun nichts mehr, als daß der Streich zur Kenntnis ihrer Verwandten käme, und so wurde denn eine Botschaft an mich abgeschickt. Ich ging aber, nachdem ich gestern abend von Ihnen schied, noch zu Verwandten und die ganze Gesellschaft mußte die lange Nacht auf der Pritsche verbringen. — Bei Jingo," rief er, plötzlich aufspringend, „was meinen Sie, Reichardt, wenn wir Beide darunter gewesen wären? An den Kopf wärs allerdings nicht gegangen, aber ich gestehe Ihnen ganz offen, daß ich lieber zwei Finger verlieren, als meinem Vater als arretierter Spieler unter die Augen treten möchte — und wenn jetzt mein erster Weg mich nach Ihrer Wohnung geführt hat, so mögen Sie daraus sehen, wie ich an Sie gedacht habe. — Aber," lachte er plötzlich wieder auf, „hätten Sie doch die Gesichter gesehen, als ich vor einer Stunde, nachdem ich beim Nachhausekommen den Hilferuf gefunden, in die Polizeistation trat. Johnson ist trotz mancher unangenehmen Seite doch ein ganz leidlicher Junge — seinen Hochmutsteufel bezüglich Ihrer Person werde ich ihm auch noch austreiben — ja," unterbrach er sich plötzlich, „dabei fällt mir aber etwas anderes ein. Wir haben morgen Gesellschaftsabend, dazu sind Sie jetzt feierlichst eingeladen, Reichardt." Verfügen Sie über mich, Sir!" antwortete Reichardt, aus dem Bette springend.

„All right, Sir," gab Frost mit einem kräftigen Händedruck zurück, „jetzt aber vergessen Sie das Nächste nicht und fahren Sie in Ihre Hosen!" —

Eine Stunde später saß Reichardt an seinem Arbeitsplatze im Büro. Er war einer der ersten, und als er langsam seine Bücher aufschlug, glaubte er noch nie so zufrieden mit seiner Stellung wie jetzt gewesen zu sein. In ihm lebte ein Gefühl, als sei ihm ein unerwartetes Glück geworden, und wenn er, in seine Arbeit versenkt, bisweilen aufblickte, um sich zu besinnen, was ihn in eine so glückliche Stimmung versetzt, war es doch nichts, als die Einladung, in das Frostsche Haus für morgen abend. Als er sich aber endlich ertappte, wie er vor sich hinstarrte, sich Margarets Bild in allen Einzelheiten, wie er sie in Saratoga gesehen, vor die Seele stellte, und sich in diese lachenden, dunkelblauen Augen versenkte, da rieb er sich unzufrieden die Stirn. „Auf diese Weise hätte das Glück lieber wegbleiben sollen!" brummte er, „aber hoffentlich werden Wille und Verstand auch noch ein Wort zu sagen haben!" und wie befriedigt von dem Gedanken überließ er sich wieder der früheren innern Behaglichkeit.

Er hatte soeben eine für den heutigen Tag bestimmte Rechnungs-Aufstellung begonnen, als der Kassierer eintrat und bei Reichardts Anblick wie verwundert den Kopf hob. „Schon hier, Sir?" fragte er, mit einem eigentümlichen Seitenblick an sein Pult tretend.

Der Angeredete sah auf — es war das erste Mal, daß der alte Bell ein außergeschäftliches Gespräch mit ihm begonnen. „Ich denke, es ist nicht mehr früh, Sir," erwiderte er, „wenigstens habe ich schon ein Stück Arbeit unter den Händen weg!"

„Haben Sie?" fragte der Alte mit sonderbarem Ton, „in der Regel arbeitet es sich nicht gut, wenn man schlecht geschlafen hat!"

Reichardt blickte von neuem auf. „Ich weiß nicht, Sir, was Sie meinen," erwiderte er, „ich darf Ihnen aber sagen, daß mein Schlaf nie besser war, als in letzter Nacht!"

„Ah!" zog der Alte, den Kopf langsam in den Nacken legend, „und so sind Sie jedenfalls recht sanft und weich gebettet gewesen?"

Durch Reichardts Gehirn schoß plötzlich ein Gedanke, der Licht in die sonderbaren Fragen des Alten brachte, zugleich aber ein helles Lächeln in dem Gesicht des Deutschen hervorrief. „Sie sind mit Ihren Vermutungen wohl nicht ganz auf der rechten Fährte, Mr. Bell," sagte er, „es scheint mir fast, als wollten Sie auf einen Vorgang, der letzte Nacht im Astorhause stattfand, hindeuten —"

„Well, Sir, und wenn dem so wäre?" erwiderte der Kassierer, während sein Auge, wie im Unmut über den leichten Ton Reichardts, einen strengen Ausdruck annahm.

„So habe ich eben nichts damit zu tun gehabt?" versetzte Reichardt, ohne sein Lächeln unterdrücken zu können. „So viel ich weiß, hat der Ueberfall gegen ein Uhr stattgefunden, um elf Uhr aber hatte ich mit Mr. Frost das Haus bereits verlassen und lag kurz darauf schon weich und warm in meinem Bette —"

Der Kassierer schwieg einige Sekunden, hielt aber das graue Auge so fest auf Reichardts Gesicht geheftet, als wolle er in dessen Seele lesen. „Und dennoch scheinen Sie so genau zu wissen, was vorgegangen?" versetzte er endlich.

Reichardts Lächeln verschwand und ein rasches Wort schien auf seine Lippen zu treten, das er aber, wie sich besinnend, zurückdrängte. „Sie meinen sicher nicht damit, Mr. Bell, daß Sie einen Zweifel in meine Wahrheitsliebe setzen könnten?" sagte er, fast wie bittend, und die Augen des Alten suchten vor seinem Blicke eine Sekunde lang den Boden; „ich habe die Angelegenheit erst heute morgen erfahren."

„Und Sie sagen, auch Mr. John Frost habe den Platz so früh verlassen?" begann der Kassierer wieder, das Auge wie in unruhiger Spannung hebend.

„Wir haben miteinander die Straße betreten, Sir!"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amerikaner 1 200 000 Mann. Das zeige die Vergeblichkeit aller etwaigen Absichten Deutschlands, sich wieder aufzuraffen.

London, 7. Febr. „Daily Chronicle" schreibt zu Eberts Eröffnungsrede auf der deutschen Nationalversammlung, Ebert und seine Kollegen müssen anders sprechen, wenn die Entente die Hilfe leisten solle, die von ihnen verlangt wird. Man müsse daran denken, daß Deutschland nach der größten Missetat, die je eine Nation gegen die Menschheit begangen habe, vor Gericht gestellt werden müsse. Es sei Aufgabe seiner Führer, bedingungslose Reue über das Vergangene auszusprechen und sich nicht in Beschuldigungen gegen Völker und Regierungen zu ergehen, die das Recht und die Freiheit in der Welt gerettet haben.

Der Manchester „Guardian" schreibt: Eberts Eröffnungsrede traf die philosophische Note Wilsons nicht. Es ist weder würdig noch vorteilhaft, Schmähungen über die Alliierten auszuschütten, und noch weniger, ihnen zu drohen. Ein neuer Geist muß das amtliche und öffentliche Leben Deutschlands beleben. Bisher sind für einen solchen Geist noch nicht viele Anzeichen vorhanden. Die Mehrheitssozialisten, die augenblicklich Deutschlands Stimme sind, müssen sich noch den eigentümlichen Ton in der Rede und ebenso in der Handlungsweise, die sie während des Krieges infolge ihrer intimen Verbindung mit der kaiserlichen Regierung angenommen haben, abgewöhnen. Je schneller sie diesen Ton fallen lassen, umso besser für Deutschland und die ganze Welt.

Neues vom Tage.

Rücktritt.

Berlin, 8. Febr. August Müller, der Leiter des Reichswirtschaftsamts, wird sein Amt niederlegen.

Staatsbankrott?

Berlin, 8. Febr. In der heutigen Besprechung der deutschen Finanzminister sagte nach dem „Lokalanz." der preuß. Minister Südekum, der Staatsbankrott stehe bevor. Es könne dahin kommen, daß alle Einkommen restlos dem Staate gegeben werden müssen, dem Einzelnen werde nur ein Teil davon zum Leben gegeben nach Bedürfnissen und Würdigkeit.

Berlin, 8. Febr. Der Zentralrat der Marine, der früher aus 53, dann aus 25 Mitgliedern bestand, hat gegen die weitere Herabsetzung auf 6 Mitglieder, wie sie die Reichsregierung befahl, einen erregten Protest erlassen.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 7. Febr. Der englische Admiral Browning hat das Ersuchen um Fahrtgenehmigung für deutsche Kohlendampfer nach Danzig und Königsberg abgelehnt. Marschall Foch hat seine Forderung, die in Südrußland befindlichen elsaß-lothringischen Soldaten vor den anderen deutschen Truppenteilen zurückzubefördern, aufrecht erhalten und gedroht, falls nicht Folge gegeben werde, so würde der bewilligte Abtransport der deutschen Truppen aus den Schwarzmeer-Gebieten unterbrochen.

Die deutsche Kommission ersuchte um Aufklärung, weshalb von den besetzten nach den unbesetzten Gebieten Zahlungen nicht mehr geleistet werden dürfen. Falls diese Maßnahme nicht aufgehoben werde, würden sich die Fabriken im unbesetzten Deutschland genötigt sehen, ihre Lieferungen nach den besetzten Gebieten einzustellen. Gleichzeitig bat die deutsche Kommission, das Verbot der Ausfuhr von Druckpapier aus der neutralen Zone in das übrige unbesetzte Deutschland aufzuheben.

Berlin, 8. Febr. Nachdem die „Frankf. Ztg." dieser Tage einen scharfen Angriff gegen die „verhängnisvolle Tätigkeit" des Staatssekretärs Erzberger in der Waffenstillstandskommission gerichtet hatte, schließen sich jetzt die „Münch. N. Nachr." und die „Voss. Ztg." dem Vorgehen an. Das Münchener Blatt verlangt, daß Erzberger von der Nationalversammlung zur Rechenschaft gezogen werde. Die „Voss. Ztg." behauptet, die Ablehnung der Zulassung der elsaß-lothringischen Abordnung zur Nationalversammlung durch das Zentrum sei auf den Einfluß Erzbergers zurückzuführen, der davon eine Erschwerung der Verhandlungen mit den Franzosen befürchte.

Paris, 8. Febr. „Journal de Debats" verlangt: 1. Die deutschen Truppen müssen hinter die Grenzen Preußisch-Polens, Danzig und Ostpreußen inbegriffen, zurückgezogen werden. 2. In Danzig müssen sich die Verbündeten festsetzen, bis über die Stadt entschieden sei. 3. In Ostpreußen, von dem ein Teil Polen und Litauen zukomme, soll den Deutschen nur gestattet sein, Polizeitruppen zu unterhalten. Auch dürfen die Deutschen nicht das dort befindliche Kriegsmaterial fortschaffen. Das Blatt schlägt die Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets und der Kruppschen Werke vor, die ausschließlich für Frankreich arbeiten müßten.

Neue Bedrückungen.

Berlin, 8. Febr. Wie verlautet, weigert sich der Verband abermals, den Waffenstillstand ohne neue Verhandlungen zu verlängern. Staatssekretär Erzberger hat den Verband gebeten, die neuen Verhandlungen schon für den 12. Februar anzuberaumen. Es wird sich bei den Verhandlungen auch um sehr wichtige wirtschaftliche Fragen handeln. Man nimmt an, daß die Unterhändler wieder in Trier zusammenkommen werden. Zurzeit ist in den Verhandlungen mit dem Verband eine völlige Stockung eingetreten.

Die Besetzungskosten.

Berlin, 8. Febr. Die Entente hatte eine Aufstellung der Kosten an die deutsche Waffenstillstandskommission gelangen lassen, welche sie von Deutschland für den gesamten Unterhalt und die Aufrechterhaltung des derzeitigen Kriegsbestands ihres Besatzungsheeres verlangt. Die Forderung geht über die vereinbarte Grenze weit hinaus. Ein kriegerisches Gesetz hätte eine solche Besetzung nicht gestattet. Die deutsche Regierung hält sich nicht für verpflichtet, die Kosten solcher Maßnahmen zu tragen, die mit dem tatsächlichen Charakter der Besetzung nicht im Einklang stehen. Die Entente stellt sich aber auf den Standpunkt, daß es sich um eine kriegerische Besetzung handle. Die Alliierten müßten also darauf bestehen, daß nicht nur die Kosten für den Unterhalt, sondern auch die Aufrechterhaltung des Kriegszustandes der Besetzungsarmeen den Deutschen zur Last fallen.

Forderung der Techniker.

Eisenach, 8. Febr. Die Reichstagung deutscher Techniker richtete an die Nationalversammlung eine Entschließung, in der es u. a. heißt: Der Wiederaufbau des nationalen und wirtschaftlichen Lebens ist nur mit Hilfe der deutschen Techniker möglich. Sie fordern deshalb im Interesse des Landes ihre Hinzuziehung zur entscheidenden Mitarbeit im Staatsleben.

Die Spartakisten.

Berlin, 8. Febr. Bei der Durchsuchung der Häuser nach Waffen forderten die Regierungstruppen die in großer Zahl in den Straßen sich herumtreibenden Straßenhändler auf, die Straßen zu räumen. Die Händler gingen tätlich gegen die Truppen vor, worauf diese feuerten. Fünf Personen sind tot, 30 verwundet.

Bremen, 8. Febr. „Bösmanns Bureau" meldet: Bislang haben die Regierungstruppen 10 schwere Maschinengewehre und 9 leichte, 1 Feldkanone und eine Anzahl von Infanterie- und Seitengewehren erbeutet. Die Verluste der Regierungstruppen betragen bei der 3. Landesschützenbrigade 7 Tote und 27 Verwundete, bei der Matrosenbrigade 8 Tote und 11 Verwundete, beim Freikorps Caspari 4 Tote und 19 Verwundete, im ganzen 19 Tote und 57 Verwundete.

Kiel, 8. Febr. Die beiden Führer des Roten Soldatenbunds, Blume und Wallach, sind verhaftet worden. Der gestern über Kiel verhängte Belagerungszustand ist heute wieder aufgehoben.

Hannover, 8. Febr. Der Zentral-A. und S.-Rat Hannover hat gegen die Absicht der Braunschweiger Landesregierung betr. Gründung einer Volksrepublik Nordwestdeutschland Widerspruch erhoben.

München, 8. Febr. Der aus Moskau stammende Agitator Dr. Levin ist wegen seiner Umtriebe, den Bürgerkrieg auch in München zu entfesseln, verhaftet worden.

Der Arbeiterrat legte gegen die Verhaftung Verwahrung ein und verlangte die Freilassung Leviens, die Justizminister Timm ablehnte. Der Arbeiterrat Landauer beantragte darauf, sofort eine Massenkundgebung für die Haftentlassung zu veranstalten. Der Antrag wurde abgelehnt, aber dem Ersten Staatsanwalt mitgeteilt, wenn die Haft nicht bis Sonntag mittag aufgehoben sei, werde die gesamte Münchner Arbeiterschaft zu einer Kundgebung aufgerufen. Der Justizminister erklärte, Gesetz und Recht müssen ihren Lauf nehmen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 8. Febr. Die Oberste Heeresleitung meldet: Kowel ist von uns geräumt. Polen und Ukrainer kämpfen jetzt um seinen Besitz. Starke polnische Angriffe in Gegend von Rawitsch. Anfangserfolge der Polen wurden durch einen deutschen Gegenangriff ausgeglichen, der uns wieder in den Besitz sämtlicher beim Angriff verlorener Ortschaften brachte. Im Netzeabschnitt ist es uns gelungen, die Ortschaften Kolmar und Margonin südöstlich Schneidemühl zu besetzen. Dagegen schlug ein eigener Vorstoß zur Besitznahme des Tores Exin fehl. Schubin südwestlich Bromberg wurde von uns infolge des polnischen Trucks geräumt.

Die Selbstbestimmung der Kärntner.

Klagenfurt, 8. Febr. (Amtlich.) Die Volksabstimmung in Kärnten ist gestern in 62 Gebieten des strittigen Gebietes beendigt worden. Die Zahl der stimmberechtigten Wähler beträgt 74 447. Abgegeben wurden 61 899 Stimmen, davon für Deutsch-Oesterreich 61 491 und für Südslavien 360. Ferner wurden 48 unbeschriebene Zettel abgegeben.

Graz, 9. Febr. 600 Mann eines kroatischen Regiments, die von Spielfeld zum Angriff gegen Radkersburg transportiert werden sollten, haben gemeutert mit der Erklärung, daß sie in deutschem Gebiet nichts zu suchen hätten.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 8. Febr. Die Kommission für die Schuldfrage trat gestern morgen zusammen, um die Aufgabe des Unterausschusses festzulegen.

„Petit Parisien" meldet während der Abwesenheit Wilsons und Lloyd Georges werde der 5-Mächteausschuß die Gebietsfragen weiter behandeln.

Nach dem „Echo de Paris" verlangt China: 1. Herausgabe Tsingtaus an China. 2. Rückgabe aller Häfen an China. 3. Unterstützung des Vorschlags auf Seefreiheit. 4. Keine Beschränkung der Stärke der chinesischen Armee, deren Verstärkung notwendig sei. 5. Klare Abgrenzung der chinesischen Hoheitsgewässer zwecks Vermeidung von Streitigkeiten. 6. Die Alliierten sollen um Abgabe der Garantie gebeten werden, daß künftig keine Nation von China Hafenkonzessionen verlangen werde.

Amsterdam, 8. Febr. „Allgemeen Handelsblad" zufolge erklärte Taft auf dem von 3000 Delegierten besuchten Kongreß der Liga zur Erzwingung des Friedens, der Knüppel müsse über Deutschland gehalten werden. Das Mißglücken des Völkerbunds würde den Krieg bedeuten.

London, 8. Febr. „Daily Mail" erfährt aus Neuyork: Die Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten beschloß, eine Resolution einzubringen, daß die Friedenskonferenz auch das Recht Irlands auf Selbstregierung in wohlwollende Erwägung ziehe.

Paris, 8. Febr. Amtlicher Bericht: Im Obersten Kriegsrat gaben Fochs militärische Sachverständige ihre Ansicht über die Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstands kund, u. a. über die Notwendigkeit, die Demobilmachung in Deutschland und die Warenerzeugung der deutschen Kriegsindustrie, vor allem der Essener Werke, zu überwachen. Es ist noch nicht bekannt, ob anstelle Wilsons ein anderer amerikanischer Bevollmächtigter ernannt werden wird. In Abwesenheit Lloyd-Georges wird Lord Millner neben Balfour im Ausschuß der Großmachtvertreter sitzen.

Englischer Handel mit dem linksrheinischen Gebiet.

London, 8. Febr. Das Handelsamt erteilte eine allgemeine Erlaubnis für die englischen Firmen, Waren nach den linksrheinischen Gebieten zu liefern.

Cadix, 8. Febr. Die in den spanischen Häfen internierten deutschen und österreichischen Schiffe haben die Flagge der Alliierten gehißt.

Der internationale Sozialistenkongreß.

Bern, 7. Febr. Mistral gab im Namen der französischen Abordnung die Erklärung ab, daß sie die Volksabstimmung auch für Elsaß-Lothringen annehme.

Renaudel (Franzose) sagt, Elsaß-Lothringen habe die Selbständigkeit verlangt, um den Krieg zu vermeiden. Der jetzige Friede breche den Frieden von Frankfurt. Der Redner besprach dann noch die deutsche Resolution betreffend das linke Rheinufer und das Saarbecken und erklärte, die franz. Sozialisten widersetzen sich der Aneignung des linksrheinischen Gebiets, ausgenommen Elsaß-Lothringen.

Ramsay Macdonald (England) gibt namens der britischen Abordnung die Erklärung ab: Die englische Arbeiterpartei habe stets die Selbstverwaltung Irlands, Indiens und Aegyptens gefordert. In allen Kolonien solle wirtschaftliche Gleichberechtigung gelten.

Paris, 8. Febr. Der Gang der Sozialistenkonferenz wird von der bürgerlichen Pariser Presse mit wachsendem Mißbehagen betrachtet.

München, 8. Febr. Der bayer. Landessoldatenrat sandte an den Internationalen Kongreß ein Begrüßungstelegramm und bat, dafür einzutreten, daß die deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördert werden.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 7. Febr. Jansen erklärte: Der Waffenstillstand ist zwar abgeschlossen, aber die Blockade besteht härter als zuvor. 35 000 Seeleute sind arbeitslos.

Grünwald empfiehlt die rascheste Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale. Spätestens bis Mai ds. Js. solle zu dem Zweck eine neue Internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen werden. Der Antrag wurde angenommen.

Die Verantwortung Bethmann Hollwegs.

Berlin, 9. Febr. Unter der Ueberschrift „Die Auslieferung des Kaisers und Herrn von Bethmann Hollwegs" bringt die „Kreuzzeitung" ein Schreiben Bethmanns, worin es u. a. heißt: „Selbstverständlich nehme ich in Anspruch, daß meine staatsrechtliche Verantwortlichkeit für die politischen Handlungen des Kaisers auch von einem neutralen Staatsgerichtshof zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht wird."

Die Verteilung der Ministerstellen.

Weimar, 9. Febr. Obwohl die Verhandlungen der Parteien über eine Mehrheitsbildung noch nicht zu Ende geführt sind und ein gemeinsames Arbeitsprogramm zurzeit nicht besteht, gilt doch eine Mehrheit aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum als sicher. An der Verteilung der Sitze des Reichsministeriums auf 7 Mehrheitssozialisten, 4 Demokraten und 4 Angehörige der Zentrumspartei soll festgehalten werden. Auch die Staatsundtenposten sollen nach dem Stärkeverhältnis der drei Parteien verteilt werden. (Vorstehende Zählung würde 17 Reichsministerien ergeben, während seither nur von 14 die Rede war: 7 Soz., 4 Zentr., 3 Dem.)

Die Ausschüsse der Nationalversammlung.

Weimar, 9. Febr. In der Nationalversammlung sind 7 Ausschüsse gebildet worden: 1. Der Haushaltsausschuß mit 28 Mitgliedern. 2. Der Wahlprüfungsausschuß mit 14 Mitgliedern. 3. Der Geschäftsordnungsausschuß mit 21 Mitgliedern. 4. Der Wirtschaftsausschuß mit 28 Mitgliedern. 5. Der soziale Ausschuß mit 28 Mitgliedern. 6. Der Rechnungsausschuß mit 14 Mitgliedern. 7. Der Petitionsausschuß mit 28 Mitgliedern.

Der Reichssoldatenrat abgelehnt.

Berlin, 9. Febr. Der Volksbeauftragte Noske und Kriegsminister Reinhardt haben laut „D. Allg. Ztg." den Antrag der Berliner Konferenz der Korpssoldatenräte auf Bildung eines Reichssoldatenrats abgelehnt.

25,3 Milliarden.

Weimar, 9. Febr. Die neue Kreditvorlage soll noch im Laufe dieser Woche verabschiedet werden. Zu den 25 Milliarden kommen noch 300 Millionen hinzu, die zur Deckung des laufenden Bauunkostenfonds bestimmt.

Ausstand.

Leipzig, 8. Febr. Gestern sind die Angestellten der Waren- und Kaufhäuser sowie der Detailgeschäfte wegen Gehalts- und Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Fast alle größeren Geschäfte sind geschlossen.

Bremen, 8. Febr. Die Betriebsleitungen der Hansa-Lloyd-Werke, der Norddeutschen Waggonfabrik und eines weiteren Unternehmens haben beschlossen, ihren Betrieb bis auf weiteres stillzulegen. Darauf haben die Arbeiter beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

Beuthen, 8. Febr. Der Bergarbeiterstreik ist als beendet anzusehen.

London, 8. Febr. (Reuter.) Die Streikenden auf den Schiffswerften am Clyde wollen den Streik solange fortsetzen, bis die 40stündige Arbeitswoche eingeführt sei. Wie verlautet, sind Haftbefehle ausgestellt worden, um die Mehrzahl der Streikführer in Belfast zu verhaften.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Entschädigung der Landwirte in Amerika.

Washington, 8. Febr. (Reuter.) Die Landwirtschaftskommission des Repräsentantenhauses (Abgeordnetenhaus) nahm einen Gesetzentwurf an, der eine Milliarde Dollars vorsieht, um die Landwirte zu entschädigen, falls der Weizenpreis für die Ernte 1919 unter den garantierten Preis von 226 Cents pro Bushel (rund 9 Mark für die Tonne) fällt.

Kriegshilfe Württemberg.

Zur Frage der Beschaffung der nötigen Betriebsmittel zur Fortführung eines bereits vor dem Krieg bestehenden Geschäfts teilt uns die Kriegshilfe Württemberg folgendes mit:

Die Kriegshilfe hat u. a. auch die Aufgabe, solchen Gewerbetreibenden, die schon vor dem Krieg in Württemberg selbständig waren, die zur Fortführung ihres Geschäfts nötigen Betriebskapitalien vorzustrekken, soweit sie sich diese nicht anderweitig zu verschaffen vermögen. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß in erster Linie die örtlichen Kreditinstitute, Handwerkerbanken, Darlehenskassen usw. berufen sind und die Kriegshilfe Württemberg nur dann, wenn aus besonderen Gründen die Inanspruchnahme jener nicht angängig ist. Weiterhin ist natürlich die persönliche Kreditwürdigkeit des Gesuchstellers auch bei der Kriegshilfe Württemberg Voraussetzung und es muß glaubhaft gemacht sein, daß der Geschäftsinhaber auf dem Betrieb sein Fortkommen finden wird.

Die Gewährung der Kredite erfolgt in Form von Darlehen, die zu 3 Prozent verzinslich und gewöhnlich in 10 Halbjahresraten wieder heimzuzahlen sind. Die Höhe wird im allgemeinen auf 2000 Mk. beschränkt. Sicherheiten werden natürlich verlangt, aber nur insoweit, als sie der Geschäftsinhaber ohne Gefährdung noch zu geben in der Lage ist.

Wer einen solchen Kredit bei der Kriegshilfe Württemberg in Anspruch zu nehmen wünscht, wende sich an den in jedem Oberamt bestehenden Bezirksausschuß für Kriegshilfe.

Zu Neugründungen oder zum Kauf von Geschäften kann die Kriegshilfe Württemberg Kredit nicht verwilligen, ebensowenig zum Beginn einer Berufsausbildung; dagegen wird zur Fortsetzung einer bereits begonnenen, durch den Krieg unterbrochenen Ausbildung, wenn auch nur in beschränktem Umfang und bei Vorliegen besonderer Verhältnisse, eine Beihilfe gewährt.

Forderungen der Landwirte.

Vertreter aus 62 landw. Bezirksvereinen hatten am Dienstag unter dem Vorsitz von Oekonomierat Mayer (Heilbronn) eine Besprechung über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer und die Stellung der Vereine zu der Kammer und zur Zentralstelle für die Landwirtschaft. Es wurde die Entschließung angenommen:

„Die heute versammelten 102 Vertreter von 62 landw. Bezirksvereinen anerkennen die Notwendigkeit einer größeren Selbständigkeit der landw. Vereine Württembergs. Sie empfehlen zu diesem Zweck eine Neuordnung der seitherigen Beziehungen des landw. Vereins zur Zentralstelle für die Landwirtschaft. Als Gesamtvertretung und Gesamtleitung des landw. Vereins soll an Stelle der Zentralstelle für die Landwirtschaft ein württ. Landwirtschaftsrat, bestehend aus 24 Mitgliedern und einem Vorsitzenden, gebildet und die bisherige Satzung einer entsprechenden Neubearbeitung unterzogen werden. Dadurch erübrigt sich die Schaffung von neuen, in den Bestand des landw. Vereins eingreifenden Organisationen. Die anwesenden Vertreter der landw. Bezirksvereine lehnen deshalb den Beitritt ihrer Bezirksvereine zu dem neugegründeten Verband württ. Landwirte ab. Dagegen wird der Landwirtschaftsrat versuchen, sämtliche württ. landw. Vereinigungen und Genossenschaften zwecks gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen zu einem Verband landw. Vereinigungen in Württemberg zusammenzuschließen."

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 7. Febr. Die früheren Gendarmen führen jetzt die Amtsbezeichnung Landesschutzleute. Wie wir hören, sind diese Beamten mit ihrem neuen Titel aus verschiedenen Gründen nicht zufrieden. Sie wünschen, wie es auch in Württemberg und in der Schweiz üblich ist, die Amtsbezeichnung Landjäger zu führen.

(-) **Langensteinbach** b. Durlach, 6. Febr. Der 64jährige frühere Sägewerksbesitzer Fiessler stürzte die Haustreppe hinab und fand den Tod.

(-) **Ueberlingen,** 7. Febr. Wie die „Freie Stimme" meldet, wird der langjährige Bürgermeister Betz demnächst aus dem Amte scheiden.

(-) **Gottmadingen** b. Singen, 6. Febr. Hier wurden drei Personen verhaftet, die 50 000 Mark in die Schweiz schmuggeln wollten.

(-) **Konstanz,** 7. Febr. In einer Konferenz der Soldatenräte des Kreises Konstanz wurde eine Entschließung angenommen, in welcher der Landesausschuß der Soldatenräte ersucht wird, bei der bad. Regierung dahin zu wirken, daß die Verwaltung einschließlich Reformierung des neuen bad. Volksheeres ausschließlich von Organen betätigt wird, die auch vor dem Umsturz nachweislich auf dem Boden der heutigen Staatsverfassung gestanden haben.

(-) **Karlsruhe,** 8. Febr. (Die Schuldebatte im Verfassungsausschuß.) Der Verfassungsausschuß der Bad. Nationalversammlung setzte heute Vormittag die Beratung des § 19 bei der Bestimmung des Regierungsentwurfs „Zum Besuch der öffentlichen Volksschule sind alle Kinder verpflichtet" fort. Vonseiten des Zentrums wurden Einwendungen dagegen erhoben, daß durch diese Bestimmung die kath. Privatschulen aufgehoben werden sollen. Von soz. Seite wurde erklärt, die Sozialdemokratie sei bereit, eine Uebergangsbestimmung zu beantragen, daß neue Privatschulen nicht mehr gegründet werden dürfen, die bestehenden Privatschulen seien bis zum 1. Januar 1925 entweder aufzuheben oder, wenn sie sich als bewährt und notwendig erwiesen haben, in Gemeindeanstalten umzuwandeln. Den Vermittlungsvorschlag lehnten die Vertreter des Zentrums ab. Die Vertreter der dem. Partei traten für die Regierungsvorlage ein. Dasselbe geschieht von den Sozialdemokraten. Die Abstimmung wird auf Montag vertagt.

(-) **Karlsruhe,** 8. Febr. Die Schuldenlast der Stadt Karlsruhe ist seit Kriegsbeginn von 47 auf 97 Millionen angewachsen.

(-) **Karlsruhe,** 8. Febr. Der Genossenschaftsverband bad. landw. Vereinigungen hat seine Tätigkeit, die während des Kriegs infolge Personalmangels eingeschränkt werden mußte, voll wieder aufzunehmen. Der Verband hat außer den früheren Beamten noch eine Reihe weiterer Kräfte eingestellt, die den Vereinen zur Verfügung stehen. Neben den früheren Revisoren hat der Verband 5 Landwirtschaftslehrer eingestellt, die als Verbandssekretäre den Landwirten als Fachberater dienen.

(-) **Heidelberg,** 8. Febr. Bei einem Einbruch in einem Uhrmacherladen wurden Uhren und Schmuckgegenstände im Gesamtwert von über 2000 Mk. gestohlen. In einem anderen Schmuckwarengeschäft wurde ein Brillantring im Wert von 2000 Mk. entwendet.

(-) **Eberbach,** 8. Febr. Aus dem Neckar wurden drei schwere Minen gezogen und zur Explosion gebracht. Die Minen waren seinerzeit von durchmarschierenden Soldaten in den Neckar geworfen worden.

(-) **Pforzheim,** 8. Febr. Wie dem „Pforzh. Anz." berichtet wird, sind von den etwa 100 Freiwilligen, die zum Grenzschutz Ost abgegangen sind, einige 15 Mann wieder hierher zurückgekehrt, die nun allerlei falsche Gerüchte über angebliche Strapazen, üble Behandlung, Gefechtsverluste usw. verbreitet haben. Der Führer der Pforzheimer Freiwilligen hat daraufhin mitgeteilt, daß diese Gerüchte unwahr sind und es den Mannschaften gut gehe, daß aber einige unzuverlässige Soldaten ihre Gewehre, Revolver, sogar Maschinengewehre und Munition an die Polen verkauft haben. Die Pforzheimer Kompagnie kam gerade dazu, wie in Strasburg i. Westpr. eine Anzahl Revolver und Gewehre die von Polen gekauft worden waren, auf ein Auto geladen werden sollten.

(-) **Rastatt,** 8. Febr. Ein Kohlenhändler von Bietigheim wurde bei der Polizei zur Anzeige gebracht, weil er in einer hiesigen Mühle 30 Zentner Brotmehl für 3000 Mk. kaufte und das Mehl auf dem Wege des Schleichhandels um den Preis von 3750 Mk. weiterverkaufte. Das Mehl ist beschlagnahmt.

(-) **Offenburg,** 8. Febr. (Die Franzosen im Hanauerland.) Die aus Straßburg und dem Elsaß hier angekommenen Flüchtlinge erzählen, daß zwar in Straßburg Lebensmittel in Fülle vorhanden seien, daß sie jedoch bei den gesteigerten Preisen der Mehrheit der Bevölkerung unzugänglich bleiben. Die Wohnungen in Straßburg seien vielfach auf die Hälfte des früheren Werts herabgesunken. Mit Abscheu hört man von den namentlich von afrikanischen Truppen geübten Ausschreitungen auf sittlichem Gebiet.

(-) **Offenburg,** 8. Febr. Der Hauptausschuß der bad. Zentrumspartei trat am letzten Montag hier zu einer Beratung zusammen, an welcher die Abgeordneten der Nationalversammlung, wie auch die Verleger und Schriftleiter der Parteipresse teilnahmen. Finanzminister Dr. Wirth gab einen Ueberblick über die Lage im Reich und in Baden, ein düsteres Bild unserer gegenwärtigen Lage. Darauf wurden die neuen Satzungen für die Landespartei durchberaten. Die Organisation baut sich auf Orts- und Bezirksausschüssen auf, an deren Spitze der Hauptausschuß, der geschäftsführende Vorstand und die Landesversammlung stehen. Die Wahlen zu den Ausschüssen erfolgen nach dem Mehrheitssystem bei voller Gleichberechtigung der männlichen und weiblichen Mitglieder. Dem Entwurf wurde zugestimmt.

(-) **Offenburg,** 8. Febr. Vom Schwurgericht wurde der 30jährige Verwaltungssekretär Josef Heiner aus Bonndorf, der einen verschwenderischen Lebenswandel führte, wegen Unterschlagung amtlicher Gelder in Höhe von 11 225 Mk. und Bücherfälschung zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

(-) **Singen** a. H., 8. Febr. Der hier beschäftigte Buchhalter L. aus Schaffhausen wurde unter dem Verdacht der verbotenen Geldausfuhr verhaftet. Es wurden bei ihm 14 700 Mark beschlagnahmt.

(-) **Konstanz,** 8. Febr. Ein Flugzeug kam am Mittwoch nachmittag 4 Uhr auf dem Exerzierplatz an. Es hatte unter Führung von Leutnant Tingler (Beobachter Leutnant Wentscher) den über 300 Kilometer langen Luftweg von München in zwei Stunden zurückgelegt.

(-) **Konstanz,** 8. Febr. Der bekannte Flieger Ernst Schlegel hat eine Denkschrift über die Organisation des deutschen Flugwesens ausgearbeitet, in der er eine amtliche badische Vertretung im Reichsluftschiffamt und für Baden ein besonderes badisches Luftamt fordert.

Württemberg.

Von der Landesversammlung.

(-) Stuttgart, 7. Febr. Der Ausschuß der Landesversammlung für das Gemeindewahlrecht hielt heute nachmittag seine erste Sitzung ab. Berichterstatter Dr. Mühlberger (D. D. P.) beantragte zu Art. 1, statt des 20. Lebensjahres das 21. Lebensjahr für das Gemeindewahlrecht zu bestimmen. Dieser Antrag wurde mit 15 gegen 9 Stimmen (Soz.) angenommen, nachdem ein Antrag Roth (BgP.), das 24. Lebensjahr festzulegen, mit 20 gegen 4 Stimmen (BgP.) abgelehnt worden war. Ein Antrag Hauser und Gen. (Ztr.), welcher für die Gemeindewahlberechtigten vorschreibt, daß sie seit 6 Monaten ihren Wohnsitz im Gemeinde- oder Teilgemeindebezirk haben müssen, wurde mit 14 gegen 9 bei einer Enthaltung angenommen. Der Antrag Hepp (Ztr.) und Gen., wonach Gemeindebeamte und Unterbeamte ohne Niederlegung ihres Amtes in den Gemeinderat eintreten können, fand einstimmige Annahme. Die Aufhebung des Bürgerausschusses wurde einstimmig beschlossen.

In der Frage [illegible] Gemeinderat zu wählenden Mitglieder wurden folgende Beschlüsse gefaßt: In großen Städten von mehr als 100 000 Einwohnern 34—60; in Städten von 50—100 000 Einwohnern 24—40; in mittleren Städten 18—30; in den übrigen Gemeinden erster Klasse 14—22; in Gemeinden zweiter Klasse 10—16; in Gemeinden dritter Klasse 6—12. Diese Beschlüsse wurden auf Antrag Rothelfer (Ztr.) gefaßt, einer auf Antrag Staudenmeyer (DDP.). Auf Vorschlag des Berichterstatters v. Mülberger erfolgt die Wahl auf 6 Jahre und je nach drei Jahren scheidet die Hälfte der Gewählten aus. Die Wahlen sollen in allen Gemeinden über 1000 Einwohnern auf Grund der Verhältniswahl stattfinden, das Panachieren und das Herausnehmen von „Wilden" soll verboten sein, das Kumulieren aber bis zu drei Stimmen zugelassen werden. Die Wahlen müssen am Sonntag stattfinden, wenn sie nicht auf einen bürgerlichen Feiertag fallen. Die Begrenzung der Gültigkeit des Gesetzes bis 31. März 1920 wurde gestrichen.

(-) Stuttgart, 7. Febr. Der Verfassungsausschuß der Landesversammlung setzte heute vormittag die Beratung des Artikels 4 (Wahl- und Stimmberechtigung) fort. Zunächst fand eine längere Aussprache über einen Antrag des Zentrums auf Einführung der Wahlpflicht statt. Regierungskommissar Dr. v. Blume sowie die Redner der sozialdemokratischen und demokratischen Partei sprachen sich gegen die Wahlpflicht aus. Eingehend wurde die Frage des Wahlalters erörtert. Der Entwurf schlägt bekanntlich das 20. Lebensjahr vor. Von deutsch-demokratischer Seite und von seiten des Zentrums aus der Bürgerpartei wurde die Einführung des 21. Lebensjahres befürwortet. Die Abstimmung über diese Fragen findet in der nächsten Sitzung (Dienstag) statt.

(-) **Stuttgart,** 9. Febr. (Scharfe Kälte.) Der harte Frost vom Samstag hat sich in der Nacht zum Sonntag gesteigert. Der Wärmemesser sank selbst an geschützten Stellen auf 17—18 Grad Celsius. Im Lauf des Vormittags waren es noch 12—13 Grad. Aus zahlreichen Städten des Landes wird eine Zunahme der Kälte berichtet, wobei aber die hochgelegenen Landesteile eine geringere Zunahme aufweisen als die niedrigeren.

(-) **Ludwigsburg,** 8. Febr. (Erschossen.) Gestern Nachmittag erschoß jedenfalls aus Fahrlässigkeit, der 18 Jahre alte Eduard Heß die Bügliersehefrau Maria Konstanzer mit einer Selbstladepistole.

(-) **Leonberg,** 8. Febr. (Ochsendiebstahl.) In der Nacht vom 28. auf 29. Januar wurden aus dem Stall der Zuckerfabrik auf dem Hof Mauer, Gde. Münchingen, zwei Arbeitsochsen samt Geschirren im Wert von 4000 Mk. gestohlen.

(-) **Calw,** 9. Febr. (Jäher Tod.) Der Zugführer Weihreter erlitt im Dienst einen Schlaganfall, dem er wenige Stunden darauf erlag.

(-) **Hall,** 8. Febr. (Neuer Stadtbaumeister.) Architekt Benz aus Stuttgart, der bei den Kleinwohnungswettbewerben der Stadt Stuttgart drei Preise davontrug, ist zum Stadtbaumeister gewählt worden.

(-) **Gmünd,** 8. Febr. (Einigkeit macht stark.) Die beiden Männergesangvereine „Brühler" und „Liederkranz" beabsichtigen, sich zu vereinigen.

(-) **Dettenhausen,** 9. Febr. (Erschossen.) Der Zimmermann Koch spielte mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich, und der Schuß tötete einen auf Besuch anwesenden Schwager des Unglücksschützen.

(-) **Tübingen,** 9. Febr. (Kurze Freiheit.) Die zwei Arrestanten, die neulich von Kameraden aus der Kasernenwacht befreit wurden, befinden sich bereits wieder in Numero Sicher.

(-) **Geislingen,** 8. Febr. (Brand.) In der Nacht zum Freitag sind in Deggingen drei Scheuern abgebrannt.

(-) **Oberndorf,** 9. Febr. (Rätselhafter Diebstahl.) Ein deutscher Heereslieferant in Brüssel hatte beim Rückzug Eigentumswerte (Maschinen, Kleider, Oel usw.) in hohem Betrag mit einem Heerestransport hierher gerettet. Die Sachen wurden in einem leeren Raum der Waffenfabrik unter Verschluß hinterstellt. Als man kürzlich danach sah, stellte sich heraus, daß ein großer Teil davon im Werte von mindestens 24 000 Mk. gestohlen war. Sämtliche Türverschlüsse und Fenster waren unversehrt.

(-) **Ravensburg,** 9. Febr. (Freche Einbrecher.) Im Amtsgericht wurde aus der Kanzlei des Untersuchungsrichters eine goldene Uhr mit Kette, eine Brieftasche und ein Sack Militärkleider entwendet.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck behauptet sich, aber leichte Störungen treten daneben auf. Am Dienstag und Mittwoch ist deshalb bei kalter Temperatur zeitweilig Trübung und etwas Schneefall zu erwarten.

Das deutsche Rätesystem.

TPC. Wer die Kämpfe der Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten, insbesondere auch in den Verhandlungen der Landesversammlung verfolgt hat, dem hat sich der Vorwurf der Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialisten eingeprägt, diese üben Verrat am Sozialismus. Beide stehen auf dem Boden des Erfurter Programms, das ist beider Ziel, sie unterscheiden sich nur im Tempo und in der Methode der Erreichung dieses Ziels. Nun wissen wir, das Erfurter Programm besteht aus zwei grundverschiedenen Teilen, von denen der erste theoretisch den marxistischen Materialismus enthält, der zweite das praktische Programm, das auf Lasalle'schem Geiste fußt und aus der demokratisch-englischen Staats- und Sozialiehre stammt. Die Unabhängigen stützen sich auf den ersten, die Mehrheitssozialisten mehr auf den zweiten Teil, ohne den ersten im Endziel zu verleugnen.

Die Unabhängigen sympathisieren dadurch mit den russischen Bolschewisten, Marx ist in letzter Linie der geistige Vater des Bolschewismus, der sich vor allem durch seine Abneigung gegen den Parlamentarismus kennzeichnet. So haben die Bolschewisten denn auch als ersten Staatsakt in Rußland die Konstituante beseitigt. Der Bolschewismus setzte an Stelle aller Parlamente die Räte. Daraus erklärt sich auch das Widerstreben der deutschen Unabhängigen und Spartakusleute, die ja nur eine radikalere Form der anderen sind, gegen die Landes- und Nationalversammlung. Diese gründen sich auf das Prinzip der Demokratie, jene auf die Diktatur des Proletariats. Es kann sich also bei unseren verfassungsrechtlichen Beratungen gar nicht darum handeln, das Rätesystem in irgend welcher Form neben der Nationalversammlung als staatsrechtliche Einrichtung festzulegen, sie sind zwei diametral einander gegenüberstehende Faktoren, von denen keiner dem anderen eingegliedert werden kann, hier gibt es nur ein entweder oder. Das fühlen die Räte auch [illegible]

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

erklärten sie sich selbst nur für provisorisch bis eine andere staatsrechtliche Institution da sei, in der stillen Hoffnung natürlich, daß diese nie kommen werde. Jetzt, wo sie da ist und wo der deutsche Volkswille in seiner überwiegenden Mehrheit gegen die Räte entschieden hat, sehen sie ihr Ende herannahen. Sie klammern sich aber an ihre Macht und melden ihre Ansprüche auf Fortbestand an. Die verschleierte Kundgebung des Zentralrats darf uns darin nicht beirren. Sie selbst wissen, daß dies an sich ein Unding ist, aber sie wollen weiter bestehen, um eines Tages die Oberhand zu gewinnen und den unliebsamen Konkurrenten ein für allemal verschwinden zu lassen. Darüber wollen wir uns klar sein.

Was folgt daraus? Die Nationalversammlung muß, wenn sie sich nicht selbst entmannen will, das jetzige Rätesystem gründlich beseitigen. Auch nicht im geringsten darf es, das seine Macht sich durch die Revolution selbst gegeben, jetzt als staatsrechtlicher Körper irgendwie gesetzlich verankert werden. Gerade staatsrechtlich müssen die Räte voll und ganz annulliert, jeder politische Charakter ihnen genommen werden. Die Unabhängigen sind in ihrer Haltung durchaus konsequent, wenn sie die Räte in ihrer jetzigen Form, als die einzige Rettung der Revolution, beibehalten wollen, wobei sie selbstverständlich immer von dem Gedanken beseelt sind, eines Tages die Macht an sich zu reißen und den Räten wieder die alleinige Machtbefugnis im Staat zu übertragen. Wenn aber die Mehrheitssozialisten schon einmal die Nationalversammlung und damit den Parlamentarismus anerkennen, so müßten sie konsequenterweise so ehrlich sein und sich ganz vom russischen Rätesystem lossagen.

Etwas anderes ist es, wenn man in den Räten eine berufsständige Vertretung sieht. Diese Möglichkeit bleibt auch im Parlamentarismus offen. Wir haben ja auch in unserem württembergischen Verfassungsentwurf etwas derartiges, nämlich die Beiräte. Das wäre also zu erwägen, ob man nicht einen berufsständigen Arbeiterrat schaffen soll, etwa in Form einer Arbeitskammer, wobei man dieser ja den Namen Arbeiterrat geben könnte, ebenso könnte man die künftigen Landwirtschaftskammern in Bauernräte umtaufen, der Soldatenrat kann weiter bestehen als eine Art Vertrauensr., wie er ja bei den Fronttruppen gar nichts anderes war. Wollen wir also, nachdem das deutsche Volk das russische Rätesystem abgelehnt hat, ein solches beibehalten, so kann es nur von der Art sein, daß es seines politischen Charakters völlig entkleidet und rein berufsständig ist. Das wäre dann das deutsche Rätesystem.

DPC. **Aus der Nationalversammlung.** Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei hat sich endgültig konstituiert und die Herren Payer, Schiffer, Naumann und Petersen zu ihren Vorständen gewählt. Als Vizepräsidenten wird sie der Abg. Conrad Haußmann entsenden.

DPC. **Millionengeschenke** macht das Deutsche Reich trotz seiner eminenten Finanznot fortgesetzt den Kapitalistenpublikum. Bekanntlich gibt die Reichsbank sogen. Reichsschatzwechsel nach Hunderten von Millionen aus, auf welche sie 4¼ Prozent Diskont bewilligt. Bei der derzeitigen großen Geldflüssigkeit sucht das Privatkapital sein Geld in Bankwechseln anzulegen, für welche der Privatdiskont aber nur 3¼ Prozent beträgt. Das Deutsche Reich zahlt also den Abnehmern seiner Schatzwechsel stetig 1 Prozent mehr Zinsen als die Banken, wobei doch wohl gesagt werden kann, daß das Deutsche Reich an Sicherheit den Banken nicht nachsteht. Eine Herabsetzung des Zinsfußes für die Schatzwechsel um 1 Prozent könnte mit einem Federstrich dem wahrlich nicht auf Rosen gebetteten Deutschen Reiche Millionen einsparen.

— **Die Ludendorffspende.** 1. Die Mittel der Volksspende für Kriegsbeschädigte (Ludendorffspende) sind nicht in Berlin aufgespeichert. Entsprechend dem bei der Sammlung von Anfang an verfolgten Grundsatz sind sie in jedem Bundesstaat bzw. jeder Provinz gesammelten Beträge dort verblieben. Ihre Verwaltung und Verwendung liegt dementsprechend in den Händen der bundesstaatlichen Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Vielfach wirken bei der Spendenmittel bereits Kriegsbeschädigte mit. 2. Reich und Staat haben bisher für die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge leider nur in sehr beschränktem Umfange Mittel aufwenden können. Die Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind daher bei ihrer sozialen Arbeit (Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Heilfürsorge, Ansiedlung, Unterstützung usw.) finanziell wesentlich auf die Volksspende angewiesen. Die Mittel der Volksspende werden somit tagtäglich für die Kriegsbeschädigten verausgabt, Hunderttausende von Mark sind schon aufgewendet worden, und zwar handelt es sich nicht nur um die Zinsen, sondern auch um Teile des Kapitals selbst. 3. Anträge auf Unterstützung aus der Volksspende sind bei den Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigtenfürsorge und ihren örtlichen Fürsorgeausschüssen (Bezirksamt usw.) zu stellen.

Vermischtes.

Die Pocken breiten sich immer weiter aus. Nach amtlicher Bekanntmachung sind in Tuttlingen in mehreren Häusern, darunter das kath. Schwesternhaus, Pockenerkrankungen festgestellt worden.

Paul Lindau †. In Berlin starb der bekannte Schriftsteller Paul Lindau im 80. Lebensjahr an Herzschwäche.

Merkwürdige Freisprechung. In der Strafsache gegen den Kellner Börsch aus Dortmund wegen verleumderischer Beleidigung der Großindustriellen Thyssen und Stinnes hatte die Staatsanwaltschaft 2 Jahre Gefängnis beantragt. Das Gericht beschloß aber, das Verfahren einzustellen, da Börsch während des Kriegs dem aktiven Heere angehört habe und seine Straftat unter die Amnestieverordnung vom 7. Dezember 1918 falle. Börsch dürfe aber auch keinen Entschädigungsanspruch machen.

Schiffbruch. Der amerikanische Dampfer „Plave" ist auf der Höhe der Goodwin-Sands (Südküste von England) in zwei Teile gebrochen. Die Besatzung ist gelandet.

Kühner Flugplan. Die beiden französischen Fliegeroffiziere Culi und Roget wollen versuchen, von Paris nach Dakar am Senegal ohne Zwischenlandung zu fliegen.

— **Aufhebung der Portofreiheit im Feldpostverkehr.** Für alle Heeres- und Marineangehörigen im Inland erlöschen die Vergünstigungen des Feldpostverkehrs mit Ablauf des 31. Januar 1919. Für die besetzten Gebiete erlöschen die Portovergünstigungen einheitlich mit dem Uebertritt auf heimischen Boden. Solange die Heeresangehörigen sich noch im besetzten Gebiet befinden, müssen die an sie gerichteten Sendungen die vorschriftsmäßige Feldpostanschrift tragen. Außerdem empfiehlt es sich dringend, neben dem Zusatz „Osten" auch noch das Land (Kurland, Litauen, Ukraine usw.) anzugeben, in dem der Empfänger sich befindet. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inland nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

* Am Schaufenster Cafe Schmid hier, sind für kurze Zeit verschiedene Olgemälde von R. Schlegel, darunter einige Kopien bekannter Meister ausgestellt und preiswert zu verkaufen.

Besonders besichtigungswert dürfte ein Bild Hindenburgs und ein Trauben-Stilleben sein.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Gas- und Kokspreise der städt. Gasfabrik.

Infolge der weiteren Steigerung der Kohlenpreise wurden durch Beschluß der Gemeindekollegien vom Gestrigen die Preise wie folgt festgesetzt:

a. für Leucht- und Nutzgas, Einheitspreis 25 Pfg. für 1 cbm.
b. für Koks 3 Mk. 50 Pfg. für 1 Ztr.
c. für Koksgries 3 Mk. für 1 Ztr.
d. für Koksstaub 2 Mk. für 1 Ztr.
e. für Holzkohlen, herrührend von der Holzvergasung 3 Mk. 50 Pfg. für 1 Ztr.

Wildbad, den 8. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt Bätzner.

Lebensversicherungen und Krankenversicherungen

welche erloschen sind, weil der Versicherte infolge des Krieges die Beiträge nicht mehr bezahlen oder andere Obliegenheiten nicht erfüllen konnte, können jetzt wieder in Kraft gesetzt werden. Anträge auf Wiederinkraftsetzen der Versicherungen können auf dem Meldeamt angebracht werden.

Wildbad, den 8. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Eieraufbringung.

Trotz Aufforderung in der Zeitung sind wieder nicht alle Hühnerhalter erschienen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Hühnerhalter, gleichviel ob sie mehr oder weniger Hühner haben als die Familie Mitglieder zählt, durch ihre Unterschrift die Anzahl der Hühner die sie halten beglaubigen müssen. Wer nicht erscheint, hat die Anzahl Eier abzuliefern, die als ablieferungspflichtig angerechnet worden sind.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung

Die vom Lazarett Volksschule zur Verfügung stehenden Hemden, Hosen, Socken usw. kommen am Dienstag den 11. Februar vormittags 9—12 Uhr auf dem Lebensmittelamt zur Verlosung. Diejenigen Personen welche sich seinerzeit hierzu angemeldet haben, wollen sich hierzu einfinden, da sie sonst nicht berücksichtigt werden können.

Nachmittags von 1 Uhr ab, werden die andern übriggebliebenen Gegenstände des Lazaretts, wie Geschirr, Gläser, Spiegel, Stühle usw. versteigert.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung.

Morgen Dienstag haben die Bäcker und Mehlhändler ihre sämtliche leere **Mehlsäke** im städt. Mehllokal abzuliefern.

Städt. Mehlabgabestelle.

Futtermittel.

Nächsten Mittwoch den 12. Februar vormittags 8—12 Uhr kommen im städt. Mehllokal die bestellten Futtermittel für Rindvieh und Schweine zum Verkauf.

Jeder Besteller erhält was bestellt.

Rapsschrot kostet 18 Pfg. das Pfund.
Sonnenblumenschrot 20 Pfg.
Hintersaatkuchenschrot 30 Pfg.
Säcke und Kleingeld sind mitzubringen.

Die Parzellen erhalten das Futter durch ihren Anwalt.

Städt. Futtermittelabgabestelle.

Hopfenstangen-Verkauf.

Am Dienstag den 11. Februar 1919
vormittags 11 Uhr

kommen auf dem Rathaus aus Distrikt Meistern, Abteilung 4 Schillereiche

80 Stück Hopfenstangen I—III Kl.

gegen Barzahlung zum öffentl. Verkauf.

Wildbad, 10. Februar 1919.

Stadtpflege.

Statt Karten.

Emilie Wagner
Christian Walz
Verlobte

Neuenbürg Wildbad

Februar 1919.

In Wildbad oder nächster Umgebung gelegenes, massiv erbautes, auch während des Winters wohnlichen,

Häuschens

mit 5—6 heizbaren Zimmern nebst reichlichem Zubehör, etwas Garten und

kleinem Seitengebäude

zu kaufen gesucht. Elektr. Licht, Gas, Wasserleitung, Vorfenster und Innenklosett ist Bedingung.

W. Schmuk, Chemnitz Germaniastr. 18 III.

Fst. aromatischer Mittelschnitttabak

großes Paket Mk. 1,45
Zigarren zu **25, 30, 40, 50** und **70 Pfg.**
Zigaretten von **6** Pfg. an.

bei

Chr. Schmid u. Sohn.
Tabakwarengroßhandlung König-Karlstraße 68 und 71

Putztücher,

sind wieder eingetroffen bei

Robert Treiber.

Wildbad, den 5. Februar 1919.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, die wir anläßlich des Heimgangs unserer lieben Mutter und Großmutter

Mina Pfau
geb. Gfrörer

von allen Seiten erfahren durften, sagen herzlichen Dank.

Eugen Pfau,
Kunstmühlebesitzer u. Sohn.

Wildbad den 8. Februar 1919.

Unsere treue Dienerin

Christiane Link,

die uns 23 Jahre in seltener Treue gedient und Freud und Leid unseres Hauses mit uns geteilt hat, ist heute früh 2 Uhr nach langem und schwerem Leiden in ihrem 55. Lebensjahr im Bezirkskrankenhaus Neuenbürg verschieden.

Gott lohne ihre Treue!

Stadtpfarrer Rösler,
mit Familie

Eine trächtige

Milchkuh

hat zu verkaufen.

Karl Schraft Säger
Nonnenmiß

Einen schönen schwarzen

Rocksamt-Weste

hat zu verkaufen.
Wer sagt die Exped. [227

Fleißiges jüngeres

Mädchen

aus ordentlicher Familie für besseren Haushalt

gesucht.

Angebote unter Nr. **227** an die Exped. ds. Blattes.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw